

Hannes Heer: Der Stadthaus-Skandal. Rede zum 8. Mai 2019

Die deutsche Erinnerungskultur verläuft asymmetrisch: Sie ist auf den Tod von 6 Millionen Juden zentriert und unterschlägt, trotz der Wehrmachtausstellung von 1995, immer noch die Opfer des zweiten deutschen Völkermordes den an den sogenannten „slawischen Untermenschen“. Diesem Genozid fielen ca. 30 Millionen Menschen in der Sowjetunion, 6 Millionen Polen, 2 Millionen Jugoslawen und 500 000 Tschechoslowaken zum Opfer.¹ 5,1 Millionen davon waren Juden.² Während der Großteil der Juden von ca. 500 000 Angehörigen der SS, Polizei und lokaler Kollaboration ermordet wurde, trug für den Tod der übrigen Opfer die Wehrmacht mit ihren 19 Millionen Soldaten die Verantwortung. 10 Millionen waren allein an der „Ostfront“ im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion eingesetzt.³

Wie sind die Deutschen nach dem Krieg mit diesen Verbrechen und der daraus folgenden Schuld umgegangen? Das zeigen zwei Momentaufnahmen nach dem Sieg der Alliierten 1944/45, die schon die Entwicklung der folgenden Jahrzehnte vorweggenommen haben.

Saul Padover, ein Offizier der Abteilung für Psychologische Kriegsführung der US-Army, der ab Oktober 1944 in der ersten befreiten deutschen Stadt, in Aachen, mit seinem Stab Interviews in der Bevölkerung durchführte, um Material für die künftige Militärregierung zu sammeln, meldete nach zwei Monaten deprimiert: „Wir haben mit vielen Menschen gesprochen, wir haben jede Menge Fragen gestellt, und wir haben keinen einzigen Nazi gefunden. [...] Alle Leute sind gegen Hitler. Sie sind schon immer gegen Hitler gewesen. Was heißt das? Es heißt, daß Hitler die Sache ganz allein, ohne Hilfe und Unterstützung irgendeines Deutschen durchgezogen hat. Er hat den Krieg angefangen, er hat ganz Europa erobert, den größten Teil Rußlands überrannt, fünf Millionen Juden ermordet, [...] vierhundert Konzentrationslager errichtet [...] und dafür gesorgt, daß die Züge pünktlich fahren. Wer das ganz alleine schaffen will, muß schon ziemlich gut sein. Ich kenne nur zwei Menschen in der ganzen Welt, die so etwas können. Der andere ist Superman.“ Ende November zog Padover diese düstere Bilanz: „Psychologisch gesehen wollen sich die Deutschen Strafe und moralischer Verantwortung entziehen, indem sie der Welt einen Schuldigen präsentieren, den sie noch vor kurzer Zeit als Halbgott angehimmelt haben.“⁴ Das zweite Zeugnis stammt von der französischen Ärztin Adélaïde Hautval, die wegen ihres Protestes gegen die Misshandlung einer Jüdin auf einem Bahnhof 1942 verhaftet und nach Auschwitz deportiert worden war. Als sie im Juni 1945 mit anderen

¹ Richard Overly, *Russlands Krieg 1941-1945*. Reinbek bei Hamburg 2004, S. 436; Rolf-Dieter Müller, *Der Zusammenbruch des deutschen Reiches 1945*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 10/2, München 2008, hinteres Vorsatzblatt; Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*. München 2010, S. 169; Christine Brenner, „Zwischen Ost und West“. *Tschechische politische Diskurse 1945-1948*. München 2009, S. 34.

² Wolfgang Benz, *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München 1991, S. 329, 379, 494 u. 560.

³ Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik*, Frankfurt/Main 1991, S. 2.

⁴ Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45*, München 2001, S. 46, 93f.

Überlebenden in Lübeck auf die Rückkehr nach Frankreich wartete, ging sie in den Dom, wo gerade der dortige Probst Johannes Pautke die Predigt hielt. „Mit heftigen Worten erhebt er sich gegen die Ungerechtigkeit, die einem unschuldigen Volk ein hartes Besatzungsregime durch ausländische Armeen auferlegt. Er ruft: ‚Wir sind unschuldig!‘“ Adélaïde Hautval sollte diesem Satz zu Hause wiederbegegnen, diesmal von deutschen Kriegsgefangenen: „Wir sind es nicht gewesen, nein, wir sind es nicht gewesen“. Ihr bitteres Fazit im Sommer 1945 über die Deutschen: „Eine ganze Nation, die nur aus Nichtverantwortlichen zu bestehen scheint.“⁵

Schon im Oktober 1945 hatte der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer in der Stadtverordneten-Versammlung erklärt, dass für das gegenwärtige Elend, „jene Fluchwürdigen [schuld sind], die in dem unseligen Jahre 1933 zur Macht kamen. [...] Wir, Sie und ich, sind nicht die Schuldigen!“⁶ Als sich nach den ersten Bundestagswahlen im September 1949 der westdeutsche Teilstaat BRD konstituierte, hatte der Kanzler Adenauer die Schuldfrage mit der Erklärung erledigt, dass zwar „die wirklich Schuldigen an den Verbrechen“ in der NS-Zeit und im Krieg bestraft werden sollten, aber „die Unterscheidung ‚in zwei Klassen von Menschen [...] die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien [müsse] baldigst verschwinden“.⁷ Das Ergebnis war die Aufhebung fast aller Urteile der Nürnberger Prozesse und die fast komplette Integration der Nazi-Eliten in Staat, Justiz, Wirtschaft und Gesellschaft.⁸

Die SPD hatte „die Millionen Mitläufer“, die ja nur aus „irregeleitetem Idealismus“ in der NSDAP gelandet seien, schon sofort nach dem Krieg zu Adressaten ihrer Politik gemacht.⁹ Nach der 1949 verlorenen ersten Bundestagswahl radikalisierte sie diesen Kurs: Sie unterstützte 1951 die skandalöse Wiederbeschäftigung einer halben Million von den Alliierten aus politischen Gründen entlassenen, aus den früheren Ostgebieten vertriebenen oder aus der DDR geflüchteten Beamten.¹⁰ Sie forderte 1951/52 die Begnadigung von 28 in Nürnberg zum Tod verurteilten SS-Massenmördern, die in der Sowjetunion für den Tod von mindestens 2 Millionen Juden verantwortlich gewesen waren.¹¹ Sie sprach sich vehement für die Gleichstellung der in Nürnberg als „verbrecherische Organisation“ verurteilten Waffen-SS mit der Wehrmacht aus. Der für diese Amnestie von 250 000 Kriegsverbrechern zuständige SPD-Parteigenosse war der Hamburger Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier erklärte, er habe bei seinem Einsatz vor Leningrad und Moskau 1941 immer „ein Gefühl besonderer Zuversicht“ gehabt, wenn eine Division der Waffen-SS

⁵ Adélaïde Hautval, *Medizin gegen die Menschlichkeit*, Berlin 2008, S. 63.

⁶ Konrad Adenauer, Rede in der Kölner Stadtverordneten-Versammlung, 1. 10. 1945, in: ders., *Reden 1917-1967*, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 79-81, hier: S. 80.

⁷ Ders., Regierungserklärung im deutschen Bundestag, 20. 9. 1949, in: ebd., S. 153-169, hier: S. 163.

⁸ Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; ders., *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/Main 2001.

⁹ Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990*, Göttingen 2015, S. 69, 118.

¹⁰ Ebd., S. 126 ff.; Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 69-100.

¹¹ Meyer, *SPD und NS-Vergangenheit*, S. 134 -148; Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 234-306.

in der Nähe seiner Einheit gelegen und gekämpft habe. Sollte den ehemaligen Kameraden die Wiederaufnahme in die Gesellschaft weiterhin verweigert werden, beschwor er die Gefahr eines „latenten Bürgerkriegs“.¹² Es verwundert nicht, dass der Ex-Kanzler Schmidt später auch der schärfste Gegner der Wehrmachtsausstellung gewesen ist. Er behauptete 1995 in einer Diskussionsrunde in der ZEIT, an der ich teilnahm, dass er während des Krieges weder von der Vernichtung der Juden an der Front noch von deren Deportation aus der Heimat etwas erfahren habe und dass der Befehl, alle gefangenen sowjetischen Kommissare zu erschießen, bei seiner Panzer-Division nicht durchgeführt worden sei.¹³ In Interviews protestierte er heftig gegen das von der Ausstellung verbreitete „Horrorbild“ einer verbrecherischen Wehrmacht und bezeichnete Jan Philipp Reemtsma und mich als Leute, die „einen gewissen autosuggestiven Masochismus gegenüber dem eigenen Land für ihre Aufgabe halten“.¹⁴ Zwanzig Jahre nach der Diskussionsrunde von 1995 wurde ich von der ZEIT noch einmal, zusammen mit dem Historiker Habbo Knoch, zu einem Gespräch mit Schmidt eingeladen. Darin bekräftigte dieser vehement, dass die These von der „verbrecherischen“ Wehrmacht „dummes Zeug“ gewesen sei und dass man bei der Frage nach der Verantwortung für die Verbrechen in der Sowjetunion „die SS [...] zuerst nennen [müsse]“.¹⁵

Der Historikerin Kristina Meyer kommt das Verdienst zu, 2015 erstmals die Politik der SPD in den 1950er und 60er Jahren gegenüber der einstigen „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ als „innere Versöhnung“ mit den Tätern beschrieben und darauf hingewiesen zu haben, dass es „nur Nuancen [waren], welche die Positionen der Christ- und der Sozialdemokraten voneinander trennten.“¹⁶ Es verwundert nicht, dass die SPD damals die einzige politische Organisation, die gegen das Verschweigen der Naziverbrechen ankämpfte und für die Wiedergutmachung an den Opfern eintrat – die im Sommer 1946 von Sozialdemokraten und Kommunisten gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“ – von Beginn an als „getarnte Propagandaorganisation“ der Kommunisten denunzierte. 1948 erfolgte ein offizieller Parteibeschluss, dass „Mitgliedschaften in der SPD und der VVN fortan unvereinbar“ waren und „bei Zuwiderhandlung zum Parteiausschluss“ führten.¹⁷

Dieser „Unvereinbarkeitsbeschluss“ wurde auch in der Freien und Hansestadt Hamburg von Beginn an umgesetzt. Das dieser fanatischen Ausgrenzungspolitik zugrundeliegende und im Kalten Krieg endgültig zur Staatsdoktrin gewordene antikommunistische Konstrukt ist, nur unterbrochen von den

¹² Meyer, SPD und NS-Vergangenheit, S. 155-167, hier: S. 162 und 165.

¹³ „Wir hatten geglaubt, wir könnten anständig bleiben“, in: ZEITPUNKTE, 3/ 1995, S. 70-90, hier: S. 77, 84.

¹⁴ Welt am Sonntag, 19.2.1996 und Süddeutsche Zeitung, 23. 12. 1998.

¹⁵ Deutschstunde. Die Wehrmachtsausstellung und ihre historische Bedeutung – ein Streitgespräch mit Helmut Schmidt, in: Die Zeit, 15. 3. 2015, S. 18 f. Wahrscheinlich tragen wegen dieser Beharrlichkeit des Verschweigens und Verleugnens drei prominente öffentliche Gebäude in der Hansestadt mittlerweile den Namen des im selben Jahr Verstorbenen.

¹⁶ Meyer, SPD und NS-Vergangenheit, S. 113.

¹⁷ Ebd., S. 80-90, hier: S. 85.

Jahren 1974 bis 1997 und der sensiblen Vergangenheitspolitik der damals regierenden SPD-Bürgermeister Hans Ulrich Klose, Klaus von Dohnany und Henning Voscherau, bis heute in der Hansestadt die maßgebende Leitkultur. Die Große Koalition von SPD/Grünen und CDU erweist sich dabei als ein Bündnis der Verharmloser der Verbrechen Nazideutschlands: Man darf zwar darüber sprechen und an Gedenktagen sogar daran erinnern, aber nicht so, dass daraus ein öffentliches Ereignis oder gar eine ständige Mahnung wird.

Ich komme zum Schluss: Der 1933 aus Deutschland vertriebene und später weltberühmt gewordene Sozialwissenschaftler Nobert Elias hat den westdeutschen Umgang mit der Nazi-Zeit nach 1945 in einem 1977/78 verfassten Essay so beschrieben: Anstatt den Prozess einer „Selbstreinigung“ von der Erbschaft Hitlers und einer „Selbstprüfung“ der Ziele der neugegründeten Bundesrepublik einzuleiten, hätten sich deren Führungsgruppen für eine „Politik der Verdeckung“ und des „Vertuschens“ der Verbrechen entschieden.¹⁸ „Die Angehörigen der Generationen von Adenauer, Brandt und Scheel“ hätten geglaubt, „daß man die Geschäfte Deutschlands weiterführen könne, als sei nichts geschehen, und daß es das Beste für das deutsche Volk sei, das nationalsozialistische Zwischenspiel zu vergessen.“ Das aber habe „sich bitter gerächt“.¹⁹ Damit meinte Elias die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sich ereignende Revolte der Studierenden und des SDS, des 1946 in Hamburg gegründeten, aber wegen zu deutlicher Hinweise auf Naziverbrecher in Amt und Würden 1960 ausgeschlossenen Studentenverbandes der SPD.²⁰ Was der Emigrant nicht voraussehen konnte, war die Rache der Neonazis. Die seit dem Jahr 2000 von dem ehemaligen Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ und von ähnlichen Gruppen im Untergrund praktizierte gewalttätige Propaganda für einen neuen Faschismus wird von deren legalem Arm, der „Alternative für Deutschland“, seit zwei Jahren im Bundestag lautstark begleitet und in einer Soft-Variante medial verbreitet. Das Dritte Reich, dessen Folgen Alexander Gauland auf einen „Vogelschiss“ reduziert hat, erinnert fatal an die Losung Adenauers von Nazideutschland als einem „Zwischenspiel“ in der deutschen Geschichte. Und die Forderung Björn Höckes nach der „geschichtspolitischen Wende um 180 °“ propagiert nicht weniger, als die bisherigen Fortschritte in der Erinnerungspolitik zu liquidieren. Ungeniert und ungestraft nennt er das Berliner Holocaust-Mahnmal „ein Denkmal der Schande“. Der radikale Geschichtsrevisionist aus Thüringen dürfte sich durch die smarte Entscheidung des Senats, das Gedenken an das ehemalige NS-Terror-Zentrum Hamburgs zum konsumgerechten Anhängsel einer Buchhandlung und eines Cafés gemacht zu haben, bestätigt und ermutigt fühlen: Weiter so!

¹⁸ Norbert Elias, Gedanken über die Bundesrepublik, in: ders., Studien über die Deutschen, Frankfurt/Main 1992, S. 517-552, hier: S. 535, 522.

¹⁹ Ebd., S. 526, 550.

²⁰ Unmittelbarer Anlass für den Ausschluss war die 1959 eröffnete SDS- Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ mit der gleichzeitig erfolgten Anzeige gegen 43 ehemalige Nazi-Richter, die wieder ihren Beruf ausübten, vgl. Tilman.Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Essen 2008, S. 96-114.

Postscriptum:

Weil ich erst am Abend des 7. Mai von einer Israelreise zurückgekommen war, habe ich von der Rede, die der Kultussenator Dr. Carsten Brosda am 3. Mai in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gehalten hatte, bei Abfassung meines Beitrags am 8. Mai vor dem Stadthaus keine Kenntnis gehabt. Diese mir erst jetzt vorliegende Rede aus Anlass des Jubiläums der Befreiung der Konzentrationslager 1945 ist so makaber, dass ich darauf kurz eingehen möchte. Brosdas Bemerkungen zum Antifaschismus heute beziehen sich nicht nur auf die von der AFD attackierte Antifa Altona, sondern müssen auch als Kommentar verstanden werden zum eskalierenden Konflikt um den zukünftigen Gedenkort für das ehemalige Terrorzentrum der Hamburger Faschisten ab 1933 im Stadthaus. Statt sich an den Rahmen eines rationalen und den übrigen Teilnehmern des Diskurses gegenüber respektvollen politischen Diskurses zu halten, maßt sich der Senator an, darüber zu entscheiden, wer zum Lager einer „sogenannten“ oder der einzig „wirklichen“ Antifa gehört. Das Kriterium dafür, ob man zu der minderwertigen oder zur first-class-Abteilung des Antifaschismus gehört, ist für ihn nicht, ob der Vorschlag zu Inhalt und Form des zukünftigen Gedenkortes historisch abgesichert, didaktisch klug und ästhetisch dem versprochenen Raum angemessen ist, sondern, ob das von Brosda erwünschte „Weltbild“ vorliegt. Auch in diesem Fall ist das Sortiment, das er anbietet, überschaubar: Hier die „offene Gesellschaft“, in der die Menschen – schöne, heile SPD-Wahl-Plakat-Welt – absolut frei sind, „tagtäglich im Miteinander“ und „aufs Neue“ zu entscheiden, wie sie „zusammenleben wollen“, da das ideologisch „geschlossene Gesellschaftsbild“, das akute Gefahr verheißt: Nicht nur reichen sich hier „linke“ Antifaschisten und „rechte“ Faschisten ungewollt aber faktisch in ihrem hassverzerrten Dogmatismus angeblich die Hand, sondern das Ergebnis dieses phantasierten Handschlags kann nach Meinung des ausgewiesenen Gesellschaftsdiagnostikers Brosda nur einem System der „Unfreiheit“ den Weg bahnen. Daher seine Warnung: Wehret den Anfängen. Wie für den Wirtschaftsweisen Olaf Scholz, dem Brosda vor seinem Aufstieg als Redenschreiber diente,²¹ die „schwarze Null“ eine Art Fetisch ist, beherrscht unsern Kultursenator die Liebe zur „FdGO“, zur „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, die zur Zeit der Berufsverbote in den 1970er/80er Jahren als wichtigster politische Kompass in der BRD diente. Mit Hilfe dieses Instruments vermisst Brosda bei der Hamburger VVN, einem der wichtigsten Bündnispartner der „Initiative Gedenkort Stadthaus“, offensichtlich den „freiheitlich-demokratischen“ Geist. Obwohl die UdSSR mitsamt ihrem Satelliten DDR längst untergegangen sind und kaum einer der Stadthaus-Aktivisten weiß, wo sich das Parteibüro der Hamburger DKP befindet, greifen bei ihm die alten, nie hinterfragten antikommunistischen Zwangsmuster. Und wie anno 1948 geschehen, gewinnt man den Eindruck, dass der Senator in seiner Neuengammer Rede schon einmal das Instrument eines

²¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article211018351/Wie-Carsten-Brosda-ploetzlich-Senator-wurde.html>

„Unvereinbarkeitsbeschlusses“ zwischen SPD und VVN testen wollte. Diese bereits im Tonfall spürbare Drohung richtet sich nicht nur an die SPD-Mitglieder in der Initiative – sie zieht auch eine rote Linie für alle anderen politisch gar nicht oder anders Organisierten: Sie bedeutet in der Person des Dr. Carsten Brosda nicht nur Kontrolle und Bestrafung bei Nichtbefolgung seiner autoritären Anweisung, sondern sie ist auch ein Beweis für dessen infame Absicht, das sich mehr und mehr verbreiternde Bündnis „Stadthausbrücke“ für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Naziterrors in Hamburg zu spalten und damit zu schwächen. Da kann man sich nur an die alte Weisheit erinnern, die ihre Tauglichkeit in der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ in den 1950er Jahren, im Widerstand gegen die Notstandsgesetze in den 1960er Jahren, in der Anti-AKW- und der Friedensbewegung der 1980er Jahre wie in den antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen der Gegenwart bewahrheitet hat: „Einigkeit macht stark!“